

Baubeschreibung

Stadtwerke Verkehrsgesellschaft
Frankfurt am Main

Erweiterung der
Stadtbahnzentralwerkstatt

Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeine Beschreibung der Leistung	4
1.1	Auszuführende Leistungen	4
1.2	Auszuführende Vorarbeiten	4
1.3	Ausgeführte Leistungen	4
1.4	Gleichzeitig laufende Bauarbeiten	4
1.5	Mindestanforderungen für Nebenangebote	4
2	Angabe zur Baustelle	5
2.1	Lage der Baustelle	5
2.2	Vorhandene öffentliche Verkehrswege	5
2.3	Zugänge, Zufahrten	5
2.4	Anschlussmöglichkeiten an Ver- und Entsorgungsleitungen	5
2.5	Lager- und Arbeitsplätze	6
2.6	Gewässer	6
2.7	Baugrundverhältnisse	6
2.8	Seitenentnahmen und Ablagerungsstellen	6
2.9	Schutz-Bereiche und -Objekte	6
2.9.1	Lärmschutz, Erschütterungsschutz, Umweltverträglichkeit	6
2.9.2	Baumschutz	7
2.10	Anlagen im Baubereich	7
2.10.1	Im Baugelände vorhandene Anlagen	7
2.11	Öffentlicher Verkehr im Baubereich	7
2.12	Baustellenpersonal	7
3	Angaben zur Ausführung	8
3.1	Sicherung der Baustelle, des Baubereiches	8
1.	Beauftragte Person	8
2.	Unterweisungsnachweis.	8
3.2	Bauablauf	8
3.3	Wasserhaltung	10
3.4	Baubeihilfe	10
3.5	Stoffe, Bauteile	10
3.6	Abfälle	10
3.7	Winterbau	10

3.8	Beweissicherung	10
3.9	Sicherungsmaßnahmen	10
3.10	Belastungsannahmen (Brückenbau)	10
3.11	Vermessungsleistungen, Aufmaßverfahren	10
3.12	Prüfungen und Nachweise	11
3.13	Zusammenfassende Angaben für die Erarbeitung des Sicherheits- und Gesundheitsschutzplanes	11
4	Ausführungsunterlagen	11
4.1	Vom AG zur Verfügung gestellte Ausführungsunterlagen	11
4.2	Vom AN zu erstellende bzw. zu beschaffende Ausführungsunterlagen	11
5	Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen	13
5.1	Auflistung der anzuwendenden „Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen	13
5.1.1	Erdbau- und Grundbau, Entwässerung und Landschaftsbau	13
5.1.2	Straßenbefestigungen	13
5.1.3	Brücken- und Ingenieurbau	13
5.1.4	Straßen-Baustoffe	13
5.1.5	Straßenverkehrstechnik und Straßenausstattung	13
5.1.6	Umweltschutz	13
5.1.7	Vermessungsangelegenheiten	14
5.2	Sonstige anzuwendende technische Regelwerke	14
6	Anlagen	15

1 Allgemeine Beschreibung der Leistung

Die Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main (kurz VGF) plant die Erweiterung der Stadtbahnzentralwerkstatt. Diese soll ein weiteres Hallengebäude als Anbau bekommen. In diesem Zuge sind Leitungen zu verlegen sowie die Oberflächen entsprechend der Neugestaltung anzupassen.

1.1 Auszuführende Leistungen

Bestandteil dieser Ausschreibung sind die Leistungen für die Leitungsverlegung im Zuge der Erweiterung der Werkstatthalle. Darin inbegriffen sind der Aufbruch der Oberfläche, der Erdbau für Leitungsgräben, der Abbruch alter Leitungen, die Herstellung von neuen Ver- und Entsorgungsleitungen sowie die Wiederherstellung der Oberfläche.

Neben den genannten Arbeiten ist auch die Verkehrssicherung für die gesamte Maßnahme Teil dieser Ausschreibung.

1.2 Auszuführende Vorarbeiten

Eine Zustandsfeststellung ist durch den AN vor Beginn und erneut nach Abschluss der Baumaßnahme mit Beteiligung der Bauüberwachung der VGF durchzuführen und mit Fotos und erforderlichen Beschreibungen zu dokumentieren. Die Dokumentation ist entsprechend vor Beginn und nach Abschluss der Baumaßnahme an die VGF zu übergeben.

Im Vorfeld wurde durch die VGF eine Baugrunduntersuchung vorgenommen. Das Baugrundgutachten wird nach Auftragserteilung dem AN übergeben.

1.3 Ausgeführte Leistungen

- Entfällt -

1.4 Gleichzeitig laufende Bauarbeiten

Im Bereich des Bauvorhabens ist mit parallel stattfindenden Bauarbeiten zu rechnen.

1.5 Mindestanforderungen für Nebenangebote

Nebenangebote sind nicht zugelassen.

2 Angabe zur Baustelle

2.1 Lage der Baustelle

Die Baumaßnahme befindet sich in Frankfurt am Main auf dem Gelände der Stadtbahnzentralwerkstatt der VGF.

2.2 Vorhandene öffentliche Verkehrswege

Die Verkehrsbeziehungen gem. den Baustellensicherungsplänen des AG müssen zu jeder Tag- und Nachtzeit möglich sein.

Die Baustelle ist über die Heerstraße anfahrbar.

2.3 Zugänge, Zufahrten

Alle Zugänge von öffentlichen Verkehrswegen zur Baustelle sind Sache des AN. Eine Besichtigung des Baufeldes ist nur nach vorheriger Anmeldung möglich und ist vor Abgabe des Angebotes dringend geboten.

Soweit der AN als Zuwegung Stadtstraße, Anlieger- bzw. Wirtschaftswege benutzt, so übernimmt der AG keine Gewähr für die Verkehrssicherheit sowie für deren Leistungsfähigkeit zum Transport der Geräte und Baumaterialien.

Sollten vorhandene Wege ausgebaut bzw. als Baustellenzu- und umfahrten zusätzliche Wege hergestellt werden, die nicht in den Verkehrszeichenplänen des AG enthalten sind, hat dies der AN im Einverständnis mit den Wege- und Grundstückseigentümern und dem AG vorzunehmen. Diese Wege sind während der Bauzeit so zu erhalten, dass sie ohne Schaden auch von Dritten – insbesondere von Rettungskräften – jederzeit gefahrlos befahren werden können.

Treten Schäden in den Zufahrtswegen auf, die durch die Nutzung des AN verursacht sind, hat dieser diese umgehend zu beseitigen, andernfalls wird dies von Seiten des AG auf Kosten des AN durchgeführt.

Ein- und Ausfahrten zur bzw. von der Baustelle zu öffentlichen Straßen und sonstigen Wegen sind durch Verkehrszeichen zu sichern. Sie sind als Bestandteil der vorzulegenden Verkehrssicherungspläne in diese aufzunehmen.

An den Einmündungen der Baustellenzufahrten in Wirtschaftswege bzw. in öffentliche Straßen ist dafür zu sorgen, dass Verkehrsbehinderungen gleich welcher Art, z.B. Verschmutzungen und Staubbelastungen nicht auftreten. Die zum Erreichen der Baustelle notwendigen städtischen Wege sind nach der Beendigung der Baustelle wieder so herzustellen, dass sie von der Stadt wieder übernommen werden.

Eine Freistellungserklärung hierzu ist dem AG vor Einreichung der Schlussrechnung vorzulegen.

Die Aufwendungen für alle v.g. Maßnahmen sind in die Baustelleneinrichtung bzw. in die entsprechenden Positionen des LV einzurechnen. Der AN hat sich dem Baulasträger gegenüber zu verpflichten, für alle auftretenden Schäden vorbehaltlos aufzukommen.

2.4 Anschlussmöglichkeiten an Ver- und Entsorgungsleitungen

Die Entnahmemöglichkeiten von Strom und Wasser sowie die Möglichkeiten zur Ableitung von Abwasser können durch den AG zur Verfügung gestellt werden. Alle sich ergebende Kosten sind in die Baustelleneinrichtung bzw. in die entsprechenden Positionen des LV einzurechnen.

2.5 Lager- und Arbeitsplätze

Die Flächen für die Baustelleneinrichtungen werden vom AG gestellt; die dazugehörigen Pläne liegen der Ausschreibung bei. Unterkünfte sowie Lager- und Arbeitsplätze und dgl. außerhalb des Werkstattgeländes werden hingegen nicht vom AG bereitgestellt. Diese Flächen sind vom AN zu beschaffen und zu unterhalten. Sofern Flächen der Stadt Frankfurt hierfür verwendet werden, muss der AN einen Antrag auf bauzeitliche Sondernutzung beim ASE stellen. Bei der Errichtung solcher Plätze ist auf die Belange der Anlieger gebührend Rücksicht zu nehmen. Privatgrund darf ohne Zustimmung des Grundstückseigentümers weder permanent noch temporär zur Lagerung von Material und Gerätschaften in Anspruch genommen werden. Dies gilt auch für öffentliche und dem AG gehörende Flächen. Die für die Errichtung der v.g. Flächen entstehenden Kosten sind in die Position „Baustelle einrichten“ einzurechnen.

Alle benutzten Flächen für Baustelleneinrichtung, Lagerplätze, Arbeitsplätze und Zufahrtswege sind dem früheren Zustand entsprechend wiederherzustellen. Eine besondere Vergütung erfolgt nicht, der Leistungsumfang ist in die Position „Baustelle räumen“ einzurechnen.

2.6 Gewässer

Das Gelände der Stadtbahnzentralwerkstatt liegt innerhalb eines Trinkwasserschutzgebiets der Zone IIIA. Damit unterliegt das Vorhaben den entsprechenden Schutzbestimmungen und Auflagen zum Schutz des Grundwassers.

2.7 Baugrundverhältnisse

Die Baugrundverhältnisse können dem der Ausschreibung beigefügten Gutachten vom 22.10.2026 entnommen werden. Die Beprobung im Rahmen des ursprünglichen Gutachtens erfolgte noch nach LAGA. Die damaligen Untersuchungsergebnisse wurden mit den aktuellen Kriterien zur Beprobung und Einstufung gegenübergestellt. Dabei ergab sich, dass MP 01 als BM-0* sowie MP 02 und MP 03 als BM-0 (Lehm) einzuordnen sind.

Diese Einstufungen haben jedoch lediglich orientierenden Charakter und sind nicht verbindlich.

Zur verbindlichen Einstufung sind die im Leistungsverzeichnis beschriebenen Suchschürfe durchzuführen. Das dabei anfallende Aushubmaterial ist zunächst auf Grundlage der Schürfe zu beproben und anschließend auf ein Zwischenlager abzufahren.

2.8 Seitenentnahmen und Ablagerungsstellen

Es werden durch den AG keine Seitenentnahmen und Ablagerungsstellen bereitgestellt. Alle Aufwendungen, die dem AN durch Seitenentnahmen und Ablagerungen entstehen sind einzurechnen (Beschaffung, Vor- und Unterhaltung, den Betrieb und den Abbau bzw. Beseitigung).

2.9 Schutz-Bereiche und -Objekte

2.9.1 Lärmschutz, Erschütterungsschutz, Umweltverträglichkeit

Es ist sicherzustellen, dass bebaute und unbebaute Grundstücke nicht durch Staub, Erschütterungen, Lärm usw. derart beeinträchtigt werden, dass dadurch Ausgleichsansprüche im Sinne § 906 Abs. 2 BGB begründet werden.

Insbesondere sind zur Vermeidung von Staubbbeeinträchtigungen geeignete Vorkehrungen zu treffen, die im Zweifelsfall mit dem AG abzustimmen sind. Der AN ist verpflichtet, den AG ohne Rücksicht auf Verschulden von allen Ansprüchen Dritter (Ausgleichsansprüche) freizustellen.

Alle vermeidbaren Beeinträchtigungen im Zusammenhang mit der Baumaßnahme, z.B. übermäßige Staubentwicklung sind zu unterlassen.

2.9.2 Baumschutz

Im Bereich der Leitungstrassen befinden sich mehrere Bäume. Diese sind gemäß Vorgaben des LVs zu schützen. Im Bereich von Baumkronen sind Eingriffe ins Erdreich nur unter Verwendung eines Saugbaggers oder von Hand auszuführen. Entsprechende Leistungen sind im LV enthalten.

2.10 Anlagen im Baubereich

2.10.1 Im Baugelände vorhandene Anlagen

Der AN hat sich vor Beginn der Arbeiten über Anlagen wie Gaszähler, Schachtbauwerke etc. bei Versorger zusammen mit den Leitungen zu informieren und ggf. über das weitere Vorgehen bei Tätigkeiten im Zuge der Baumaßnahme Absprache zu halten bzw. sich einweisen zu lassen.

Der AN hat sich vor Beginn der Arbeiten über vorhandene Leitungen und deren Lage bei den Leitungsträgern zu informieren und sich ggf. vor Ort von den Versorgungsträgern einweisen zu lassen.

Er haftet für sämtliche Schäden an den Leitungen, Kabeln, Schächten, Gleisanlagen usw. im Bereich der Baustelle. Es ist daher seine Aufgabe während der Bauzeit die Leitungen und vorhandene Anlagen entsprechend den Vorschriften zu sichern und seine Arbeitsweise darauf einzustellen.

Aufgefundene, nicht erwartete Leitungen sind dem AG sofort mitzuteilen.

Bei der Verdichtung ist darauf zu achten, dass im Leitungsbereich mit entsprechendem Gerät verdichtet wird.

2.11 Öffentlicher Verkehr im Baubereich

Während der gesamten Maßnahme befindet sich die Straßenbahn in Betrieb. Die Oberleitung ist eingeschaltet. Die hieraus resultierenden Erschwernisse sind in die Positionen der Leistungsbeschreibung einzurechnen. Aufgrund des Straßenbahnbetriebes hat der AN seine Arbeiten täglich bei der Leitstelle der VGF TLZ vor Arbeitsbeginn An- und Abzumelden. Die An- und Abmeldung sind zu dokumentieren. Der Zutritt auf das Gelände ist nur nach vorheriger Anmeldung gestattet. Die Kosten sind einzurechnen.

2.12 Baustellenpersonal

Die Baustelle ist während der gesamten Bauzeit mit einem der Deutschen Sprache mächtigen Firmenbauleiter oder Polier zu besetzen, der verantwortungsvoll die Einhaltung aller Sicherheitsmaßnahmen gem. Unfallverhütungsvorschriften, Arbeitsstätten Richtlinie, Auflagen der Berufsgenossenschaft etc. überwacht und entsprechende Maßnahmen zur Sicherstellung der geforderten Auflagen ergreift bzw. umsetzt.

3 Angaben zur Ausführung

3.1 Sicherung der Baustelle, des Baubereiches

Im Verantwortungsbereich des AN verbleibt die baustelleninterne Absicherung. Der AN ist verpflichtet, seine Baumaßnahme täglich zu kontrollieren und eventuelle Unfallgefahren sofort zu beseitigen. In dem Umfang der Sicherungsmaßnahmen durch den AN ist das Absichern und ggf. Herstellen von für Fußgänger zu jeder Zeit durchgängig benutzbaren befestigten Gehwegen (vorh. Befestigung oder prov. Befestigung, aber keine Schotterbefestigung) enthalten. Alle Hauszugänge, -zufahrten und Feuerwehruzufahrten müssen jederzeit zugänglich sein. Der Zugang und die Belieferungsmöglichkeit und Entsorgung der angrenzenden Gebäude müssen zu den Geschäfts- und üblichen Lieferzeiten durch den AN sichergestellt werden. Die Sicherung von Arbeitsstellen an Straßen ist gem. RSA einzuhalten. Darüber hinaus ist den straßenverkehrsbehördlichen Anordnungen Folge zu leisten.

Gemäß der Verordnung über Sicherheit und Gesundheitsschutz auf Baustellen vom 10. Juni 1998 (BaustellV) ist der Bauherr u.a. verpflichtet, einen Koordinator zu bestellen. Hierzu wird die VGF einen SiGe-Koordinator bestellen. Pflichten des Auftragnehmers Der Auftragnehmer ist verpflichtet, seinem auf der Baustelle eingesetzten Personal, vor Arbeitsaufnahme den Inhalt der Baustellenordnung und die Anordnungen des SiGe-Koordinators im Rahmen einer Ersteinweisung bekannt zu geben und zu dokumentieren. Er hat dafür zu sorgen, dass nachfolgend aufgeführte Unterlagen dem SiGe-Koordinator überreicht werden:

Verantwortliche Person:

1. Beauftragte Person
2. Unterweisungsnachweis.

Bei Gefahr im Verzug ist der SiGe-Koordinator gegen alle am Bau beteiligte Personen weisungsbefugt. Die Stellung des SiGe-Koordinators entbindet den AN nicht von seinen Pflichten als Unternehmer. Hierzu zählen insbesondere die Pflichten, die sich aus dem Arbeitsschutzgesetz ableiten (insbesondere Nachweis von Ersthelfern auf der Baustelle).

3.2 Bauablauf

Die erste Bauphase ist im Zeitraum vom 06.07.2026 bis zum 30.08.2026 vorgesehen. In diesem Abschnitt erfolgen die Umverlegung der Grundleitungen sowie der Feuerlöschwasserleitung. Parallel dazu wird die Bauphase 5 durchgeführt, in der ebenfalls die Feuerlöschwasserleitung hergestellt wird.

Die Bauphase 2 ist für den Zeitraum vom 31.08.2026 bis zum 25.10.2026 vorgesehen. In diesem Abschnitt werden die Trinkwasserleitung sowie die Feuerlöschwasserleitung hergestellt.

Bauphase 3 ist im Zeitraum vom 26.10.2026 bis zum 15.11.2026 geplant. In diesem Abschnitt erfolgt der Bau der Trinkwasser- und Feuerlöschwasserleitungen.

Die Bauphase 4 ist für den Zeitraum vom 16.11.2026 bis zum 13.12.2026 vorgesehen. In diesem Abschnitt wird die Löschwasserleitung hergestellt.

Die Ausführung ist so einzuplanen, dass die Arbeiten am Werkstattgebäude als erstes beginnen und der Bereich als erstes vollständig fertiggestellt und abgenommen werden kann. Gleichzeitig ist während der gesamten Bauzeit die Befahrbarkeit der Werkstatt sicherzustellen. Hierzu ist bereits in der Arbeitsvorbereitung eine Baustellenlogistik festzulegen, die eine dauerhaft nutzbare Zufahrt (inkl. Rangier- und Wendemöglichkeiten) gewährleistet;

Baustellenverkehr, Lieferzonen, Lagerflächen sowie Container-/Entsorgungsstellflächen sind so anzuordnen, dass die Werkstattzufahrt nicht blockiert oder regelmäßig gekreuzt wird. Absperrungen, Beschilderung, ggf. Einweiserregelungen und eine klare Trennung von Verkehrs- und Arbeitsbereichen sind vorzusehen. Vermessung (Absteckung, Höhenbezug) sowie Leitungsauskunft, Leitungsortung und Kennzeichnung vorhandener Leitungen sind vor Beginn der Erdarbeiten einzuplanen.

Im Bereich Werkstattgebäude sind zunächst die erforderlichen Rückbau- und Freimachungsarbeiten (Aufnehmen vorhandener Oberflächen, ggf. Oberbodenabtrag, Sichern von Einbauten) einzuplanen. Anschließend ist für alle erforderlichen Erdarbeiten (Baugrube und Leitungsgräben) ein Verbau herzustellen und während der Aushub- und Einbauarbeiten aufrechtzuerhalten. Der Aushub ist so zu organisieren, dass der Boden separat gemäß gesonderter Entsorgungsposition abgefahren werden kann; Zwischenlagerungen sind – soweit möglich – zu vermeiden bzw. nur auf dafür vorgesehenen Flächen zuzulassen, um Fahrwege freizuhalten.

Parallel bzw. unmittelbar anschließend sind die im Leistungsverzeichnis enthaltenen Rohrleitungsarbeiten im Werkstattbereich einzuplanen. Dazu gehört die Herstellung der erforderlichen Leitungsgräben mit Verbau, das Herstellen des Planums für die Rohrbettung, das Liefern und Verlegen der Rohrleitungen und Formstücke, das Herstellen von Anschlüssen/Einbindungen sowie ggf. Schächte/Einbauten. Rohrbettung, Seitenverfüllung und Überdeckung sind lagenweise mit geeignetem Material herzustellen und zu verdichten; erforderliche Dichtheits-/Funktionsprüfungen sowie die Dokumentation (Bestandsaufmaß) sind einzuplanen, damit nach Wiederherstellung der Oberflächen keine erneuten Aufbrüche erforderlich werden. Die Leitungsführung und Bauabfolge sind so zu koordinieren, dass die Werkstattzufahrt jederzeit befahrbar bleibt (z. B. halbseitige Herstellung, temporäre Überfahrten/Abdeckungen, kurze Sperrfenster außerhalb der Hauptbetriebszeiten).

Zusätzlich ist die im Leistungsverzeichnis enthaltene Gleisquerung als eigenständiger, termin- und genehmigungskritischer Bestandteil einzuplanen und im Regelfall im Rohrvortrieb auszuführen. Hierfür sind frühzeitig alle erforderlichen Abstimmungen und Freigaben mit dem zuständigen Betreiber (z. B. Sperrpausen, Sicherungsmaßnahmen, betriebliche Auflagen, Prüf- und Abnahmeprozesse) zu organisieren. Die Start- und Zielgrube für den Rohrvortrieb sind herzustellen und abzusichern; dafür sind die erforderlichen Erdarbeiten einschließlich Verbau sowie die Logistik für Aushub und Entsorgung zu berücksichtigen. Der Rohrvortrieb ist terminlich so zu legen, dass die Arbeiten am Werkstattgebäude nicht verzögert werden und die Werkstattzufahrt weiterhin nutzbar bleibt; erforderliche Sperrfenster sind rechtzeitig anzumelden und in den Bauablauf zu integrieren. Nach dem Vortrieb sind die Rohrleitungen fachgerecht einzubinden, die geforderten Prüfungen (z. B. Dichtheit) durchzuführen und die Grubenbereiche zu verfüllen und wiederherzustellen; die Wiederherstellung angrenzender Oberflächen ist vollständig einzuplanen.

Nach Abschluss der Rohrleitungsarbeiten einschließlich Gleisquerung im Rohrvortrieb sind Verfüll- und Verdichtungsarbeiten im Arbeitsraum einzuplanen. Im Anschluss ist die Wiederherstellung der befahrbaren Flächen im Werkstattbereich als prioritäre Leistung vorzusehen: Einbau der Frostschutzschicht in den vorgesehenen Dicken, profilgerechtes Herstellen der Flächen, Verdichtung und ggf. Nachweise, anschließend Aufbau der weiteren Tragschichten und des Endbelags. Die Flächen sind so herzustellen, dass sie dauerhaft befahrbar sind und nicht als Baustraße für nachfolgende Arbeiten beansprucht werden müssen.

Erst nachdem der Werkstattbereich vollständig fertiggestellt und freigegeben ist, sind die weiteren Leistungen in den übrigen Bereichen einzuplanen und auszuführen. Dabei ist die Baustellenlogistik ggf. umzustellen, ohne den Werkstattbetrieb zu beeinträchtigen. Für die weiteren Bereiche sind die Arbeiten analog zu koordinieren (Freimachung, erforderlicher Verbau für Erd- und Leitungsarbeiten, Aushub mit separater Entsorgung, Rohrleitungsbau gemäß LV inkl. Prüfungen, Verfüllung/Verdichtung, Frostschutz- und Oberflächenaufbau). Über die

gesamte Bauzeit ist sicherzustellen, dass die Werkstattzufahrt frei bleibt und keine dauerhaften Sperrungen entstehen; erforderliche kurzzeitige Einschränkungen sind frühzeitig abzustimmen und in verkehrsarmen Zeiten einzuplanen.

3.3 Wasserhaltung

Aufgrund der aktuellen Erkenntnisse ist nicht mit Grundwasser im Bereich der Arbeiten zu rechnen. Für die Herstellung der Entwässerung hat der AN die Notwendigkeit einer Wasserhaltung in eigenem Ermessen abzuschätzen.

3.4 Baubehelfe

Die Arbeiten der Leitungsumverlegung laufen unter Bahnbetrieb. Der AN hat eine Abfangung der Gleise während der Ausführung der Arbeiten zu erstellen. Die hierfür notwendige Statik ist vom AN zu berechnen und dem AG in geprüfter Form zu übergeben.

3.5 Stoffe, Bauteile

Es dürfen keine als gesundheitsschädlich eingestuft oder lösungsmittelhaltigen Materialien verarbeitet werden; lösungsmittelhaltige Materialien sind nur zulässig, wenn keine technischen Alternativen möglich sind und bei entsprechendem Nachweis die eingesetzten Materialien vor Beginn der Arbeiten vom AG genehmigt werden. Die Datenblätter der Materialien sind hierfür vorzulegen.

Für alle vom AN eingesetzten Materialien ist ein aktuelles Prüfzeugnis bzw. Datenblatt dem Vertreter des AG mindestens 14 Tage vor Einbau vorzulegen. Sollten Materialien eingebaut werden, die vom AG nicht freigegeben sind, kann der AG den Einbau unverzüglich bis zu deren Freigabe stoppen.

3.6 Abfälle

Die bei den Arbeiten des AN anfallenden Abfälle, Bauschutt, Verpackungsmaterialien und dergleichen sind vorschriftsmäßig zu beseitigen. Eine Analyse des vorhandenen Asphaltaufbruchs sowie des anstehenden Bodens wurde durch den AG durchgeführt.

3.7 Winterbau

Der AN hat die Notwendigkeit von Winterbaumaßnahmen auf Grundlage des Bauzeitenplans abzuschätzen und einzukalkulieren. Eine gesonderte Vergütung hierfür erfolgt nicht.

3.8 Beweissicherung

Der AN hat im Vorfeld an die Baumaßnahme die angrenzenden Bereiche/ Gebäude im Beisein des Vertreters des AG auf Schäden zu untersuchen und eine entsprechende Dokumentation anzufertigen. Dies hat ebenfalls nach der Baumaßnahme zu erfolgen. Die entsprechende Leistung ist im Leistungsverzeichnis enthalten.

3.9 Sicherungsmaßnahmen

Der Baustellenbereich ist durch den AN zu sichern.

3.10 Belastungsannahmen (Brückenbau)

- Entfällt -

3.11 Vermessungsleistungen, Aufmaßverfahren

Allgemeines

Alle Absteckungs- und sonstigen Vermessungsarbeiten, die während der Ausführungszeit erforderlich werden, hat der AN selbst so rechtzeitig durchzuführen, dass eine Abnahme durch

die Bauüberwachung (BÜ) ohne Behinderung der Bauarbeiten möglich ist. Erst nach Abnahme durch die BÜ dürfen die nachfolgenden Schichten eingebaut werden. Der AN trägt für die richtige und planmäßige Lage und Höhe aller von ihm ausgeführten Arbeiten die alleinige Verantwortung.

Die zum Nachweis von Art und Umfang der Leistung erforderlichen Zeichnungen, Berechnungen, Nachprüfungen von Berechnungen oder anderer Unterlagen, die der AN nach dem Vertrag, besonders den technischen Vorschriften oder der gewerblichen Verkehrssitte zu beschaffen hat, sind dem AG vorzulegen. Die für die Abrechnung notwendigen Feststellungen sind im Fortgang der Leistung entsprechend gemeinsam vorzunehmen. Das Aufmaß ist in einfacher Ausfertigung zu erstellen und von beiden Vertretern (AN/AG) handschriftlich zu unterschreiben, andernfalls gilt es nicht als Abrechnungsdokument. Das Aufmaß ist dem bauüberwachenden Ingenieur des AG zur Verwahrung auf seiner Dienststelle im Original zu übergeben. Der AN erhält eine Kopie.

Zu den Aufmaßen sind Abrechnungsunterlagen für eine prüffähige Mengenermittlung anzulegen. Die Mengenermittlung ist in Ordnern mit je einem Trennblatt pro Position zu liefern. Die Mengenermittlung ist so aufzustellen, dass zu jeder Rechnungsstellung der Zuwachs der einzelnen Positionen geprüft werden kann. Die Überträge pro Position und je Rechnung sind auszuweisen. Vorgenanntes gilt ebenso für vorläufige Mengen.

Für die Abrechnung gelten die Bestimmungen der REB. Die Anwendung der einzelnen Datenarten ist mit dem AG abzustimmen. Den Abschlagsrechnungen sind alle für die Prüfung von Art und Umfang erforderlichen Unterlagen beizufügen; die ZVB/E-StB 2012 ist zu beachten.

3.12 Prüfungen und Nachweise

Eigenüberwachung und Überwachung durch den AG. Bei der Verwendung von zulassungspflichtigen Stoffen und Bauteilen ist der gültige Zulassungsbescheid vorzulegen.

3.13 Zusammenfassende Angaben für die Erarbeitung des Sicherheits- und Gesundheitsschutzplanes

Der Sicherheits- und Gesundheitsschutzkoordinator für die Straßenbauarbeiten und der Verkehrssicherung sind nicht Bestandteil dieser Ausschreibung und werden gesondert ausgeschrieben. Der SiGe-Ko hat auch während der Arbeiten von Fremdgewerken Begehungen durchzuführen und diese zu dokumentieren.

4 Ausführungsunterlagen

4.1 Vom AG zur Verfügung gestellte Ausführungsunterlagen

Folgende Planunterlagen werden vom AG mindestens zur Ausführung zur Verfügung gestellt:

Anlage	Blatt	Inhalt	Maßstab
1	1	Übersichtslageplan	1:1000
2	1	Lagepläne	1:250
3		Bauphasen	

	1	Bauphasenplan	1:500
4		Lagepläne Ingenieure Wüst GmbH	
	1	Lageplan	1:100
	2	Lageplan	1:100
	3	Lageplan	1:100
	4	Lageplan	1:100

4.2 Vom AN zu erstellende bzw. zu beschaffende Ausführungsunterlagen

Bei der Erstellung der Planung- und Dokumentationsunterlagen hat der AN die Richtlinien des AG zu beachten und einzuhalten. Die CAD-Richtlinie der VGF, Stand: 28.11.2024 liegt der Angebotsaufforderung bei und ist Bestandteil der Beauftragung. Der Aufwand zur Umsetzung ist bei der Kalkulation zu berücksichtigen. Die zu erstellenden Unterlagen durch den AN beinhalten:

- Erläuterung des Bauablaufs
- Baustelleneinrichtungsplan
- Bauzeitenplan
- Ausführungspläne, Vermessungsunterlagen
- Bestandspläne
- Dokumentationsaufnahmen

5 Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen

Die nachfolgend aufgelisteten Zusätzlichen technischen Vertragsbedingungen gelten in der zum Zeitpunkt der Bauausführung aktuellen Fassung.

5.1 Auflistung der anzuwendenden „Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen

5.1.1 Erdbau- und Grundbau, Entwässerung und Landschaftsbau

- Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Erdarbeiten im Straßenbau, (ZTV-E)
- Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für den Bau von Entwässerungseinrichtungen im Straßenbau (ZTV Ew-StB)
- Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Baumpflege (ZTV-Baumpflege)
- Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Landschaftsbauarbeiten im Straßenbau (ZTV La-St)

5.1.2 Straßenbefestigungen

- Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Fugen in Verkehrsflächen, (ZTV Fug-StB)
- Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für den Bau von Schichten ohne Bindemittel im Straßenbau, (ZTV SoB-StB)
- Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für den Bau von Verkehrsflächenbefestigungen aus Asphalt, (ZTV Asphalt-StB)
- Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für die Bauliche Erhaltung von Verkehrsflächenbefestigungen – Asphaltbauweisen (ZTV BEA-StB)
- Technische Regelwerke im Straßenbau, Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien zur Herstellung von Pflasterdecken, Plattenbelägen und Einfassungen; (ZTV Pflaster-StB)

5.1.3 Brücken- und Ingenieurbau

- Entfällt -

5.1.4 Straßen-Baustoffe

- Entfällt -

5.1.5 Straßenverkehrstechnik und Straßenausstattung

- Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Sicherungsarbeiten an Arbeitsstellen an Straßen (ZTV-SA)
- Änderungen zu den Zusätzlichen Technischen Vertragsbedingungen und Richtlinien für Sicherungsarbeiten an Arbeitsstellen an Straßen (ZTV-SA)
- Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Markierungen auf Straßen (ZTV M)
- Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Markierungen auf Straßen (ZTV M) - Änderungen, Ergänzungen, Erläuterung
- Zusätzliche technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für vertikale Verkehrszeichen (ZTV VZ), Merkblatt für die Wahl der lichttechnischen Leistungsklasse von vertikalen Verkehrszeichen und Verkehrseinrichtungen (ML V)

5.1.6 Umweltschutz

- Entfällt -

5.1.7 Vermessungsangelegenheiten

- Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für die Bauvermessung im Straßen- und Brückenbau (ZTV Verm-StB)

5.2 Sonstige anzuwendende technische Regelwerke

Es gelten die zum Zeitpunkt der Beauftragung anerkannten Regeln der Technik. Die Technischen Lieferbedingungen der zuvor genannten Technischen Vertragsbedingungen sind ebenfalls Vertragsbestandteil.

6 Anlagen

- Bodengutachten vom 25.01.2021
- Bodengutachten vom 07.10.2021
- Bodengutachten vom 22.10.2025
- Ergebnistabelle EBV vom 27.03.2026
- Checkliste Gefährdungen
- Fremdfirmenerklärung
- Arbeitsschutzbestimmungen für Fremdfirmen
- Abfallentsorgung
- Abwasserbeseitigung
- Altlasten, Aushub- und Abbrucharbeiten
- Baumerkblatt Entsorgung von Bauabfällen
- Schutz vor Gefahrstoffen
- Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen
- Umgang mit wassergefährdenden Stoffen
- ZuordnungswerteDepV
- AVA-Richtlinien – Stand 08.2023
- Brandschutzordnung für die Stadtbahnzentralwerkstatt
- CAD-Richtlinie 2-1